

kenntnisse der Bakteriologie glaubte man sowohl durch Grenzsperrn gegen osteuropäische Einwanderer als auch durch die Desinfizierung den Seuchenverdächtigen entgegenzutreten zu müssen. In der Krise der unmittelbaren Nachkriegszeit radikalisierten sich diese Konzepte noch, zudem wurden zunehmend antisemitische Töne hörbar. An Stelle der Tropenmedizin entwickelte sich eine enge medizinische Zusammenarbeit mit dem bolschewistischen Rußland; der Vf. weiß hier von einer erstaunlichen Kooperation bis in den Bereich der Eugenik zu berichten, die – mit Unterbrechungen – bis 1940 andauerte.

Während der Weimarer Republik etablierten sich die Konzepte und Technologien in der Seuchenpolitik, die später eine katastrophale Radikalisierung erfuhren: Nun stand der einstmalig von Liberalen dominierten Medizinerschaft eine starke völkische Fraktion gegenüber. Die Seuchenbekämpfung wurde zusehends als sozial, d.h. auf der Rechten: rassistisch interpretiert. Den Seuchenmedizinern trat die chemische Industrie zur Seite, die in den 1920er Jahren die verschiedenen Formen des Schädlingsbekämpfungsmittels Zyklon entwickelte.

Im Dritten Reich schließlich setzte sich die völkische Medizinerschaft völlig durch, wichtige deutschnationale Exponenten liefen zur NSDAP über. Zugleich war eine Militarisierung der Medizin zu beobachten, innerhalb derer auch die SS ein eigenes Sanitätswesen aufbaute. Dieser Wandel zeitigte nach der Besetzung Polens die bekannten Folgen: Die osteuropäischen Juden, kollektiv als „Seuchenträger“ stigmatisiert, wurden an den Rand ihrer Existenz gedrückt, so daß in den Gettos tatsächlich alsbald Typhus grassierte, also eine *self-fulfilling prophecy* wirksam wurde. Die Mediziner in den Besatzungsverwaltungen reagierten radikal: Isolierung, gewaltsame Entseuchung und Mord an den Gettoflüchtlingen hießen die Forderungen.

Nachdem die NS-Führung zusammen mit der Gesundheitsverwaltung den Mord an Behinderten vorexerziert hatte, entwickelte die SS 1941/42 allmählich das heute mit dem Namen Auschwitz verbundene Vernichtungssystem: Gaskammern zur Entseuchung von Kleidern mit Zyklon B waren bekannt, sie wurden nun auch zur Ermordung von Menschen gebaut. Monströse Ausmaße nahm dies mit dem Bau großer Krematorien an, was seine Wurzeln in der Feuerbestattungsbewegung der 1920er Jahre hatte. Aus der Sicht der Täter, der Lagerfunktionäre, der Desinfektoren aus der chemischen Industrie, der Krematoriumsbauer und der zuständigen Mediziner, zeigt sich deutlich die mentale Weiterentwicklung von der Entseuchung hin zur Ermordung. Freilich betrieb man auch die vermeintlich „positive“ Bekämpfung des Typhus, die Erforschung von Impfstoffen, mit dem kriminellen Mittel der Menschenversuche. In beeindruckender Weise zeigt W. ebenso, wie in Osteuropa diesem Vernichtungsfeldzug verzweifelter Widerstand entgegengesetzt wurde, sei es in den besetzten Städten und ihren Gettos, sei es innerhalb der Konzentrationslager.

Dem Autor, der sich auf die akribische Auswertung von zeitgenössischen Fachzeitschriften, vor allem aber von über 50 Archiven stützt, gelingt es, eine neue Vorgeschichte des nationalsozialistischen Massenmordes zu präsentieren. Dabei verfällt er nicht in den Fehler, dem von ihm freigelegten Strang monokausale Bedeutung zuzumessen, sondern er integriert seine Ergebnisse sorgfältig in das komplexe Ursachengeflecht des Völkermordes. Damit zeigt er erneut, wie sehr die Transformation bestimmter Politikbereiche und großer Teile der Eliten in Deutschland seit 1914 letztendlich zur Formung des Dritten Reiches beigetragen hat. Eine Gruppe von Medizinerinnen trieb konzeptionell voran, was dann in Zusammenarbeit mit der chemischen Industrie und der SS eine neue Qualität gewann, die vermeintliche Typhusbekämpfung durch Massenmord. Damit nutzten sie skrupellos die mörderischen Möglichkeiten, die ihnen das Regime bot.

München

Dieter Pohl

**Detlef Brandes: Der Weg zur Vertreibung 1938-1945.** Pläne und Entscheidungen zum „Transfer“ der Deutschen aus der Tschechoslowakei und aus Polen. (Veröff. des Collegium Carolinum, Bd. 94.) R. Oldenbourg Verlag, München 2001. 499 S. (DM 68,-)

Detlef Brandes behandelt ein Thema, das zwar seit langem von Deutschen, Tschechen und Polen diskutiert wird, bisher jedoch kaum wirklich erforscht worden ist: den Zusammenhang zwischen den Nachkriegsplanungen der Großmächte und den Kriegszielprogrammen der tschechoslowakischen und polnischen Exilregierungen. Grundlage sind vor allem britische und tschechoslowakische, in einem geringeren Ausmaß polnische Archivbestände; eine wichtige, auf den ersten Blick überraschend große Rolle spielen in den ersten Kapiteln auch die sudetendeutschen Gegner des Nationalsozialismus im Londoner Exil. Der Leser findet in diesem Werk – ähnlich wie in den vorangegangenen Büchern von B. – eine Fülle von Zusammenfassungen und Zitaten aus bisher großteils unbekanntem Dokumenten, die in die sorgfältig ausgewertete Sekundärliteratur eingebettet werden. Der Vf. zeigt, wie beide Exilregierungen (die tschechoslowakische erst ab Juli 1941 als solche anerkannt) aus teils unterschiedlichen Anlässen sich immer stärker darauf versteiften, daß ihr künftiger Staat keine deutsche Minderheit tolerieren könnte. Die Briten, bis 1943 Hauptgesprächspartner in diesen Fragen, temperierten und zögerten, sprachen sich gegen weitergehende polnische Annexionspläne im Westen aus, hatten aber den Binsenwahrheiten und Erfahrungen der polnischen und tschechoslowakischen Verbündeten wenig Konstruktives entgegenzusetzen; im Juli 1942 stimmte das War Cabinet dem Grundsatz des Transfers der deutschen Minderheiten in Mittel und Südosteuropa „wo dies notwendig und wünschenswert erscheint“ zu. Die polnische Frage als erstrangige Belastung der interalliierten Beziehungen wog immer schwerer, so daß London im Herbst 1944 in die Verlegung der polnischen Westgrenze – als Kompensation für die Westverschiebung der sowjetisch-polnischen Grenze – bis nach Breslau und Stettin einwilligte; die Zahlen der von der Aussiedlung zu erfassenden Deutschen stiegen immer höher. Die Darstellung endet mit einigen Einblicken in die ersten Vertreibungsmaßnahmen in der Tschechoslowakei und Polen im Sommer 1945 vor der Potsdamer Konferenz sowie mit den diesbezüglichen Beschlüssen der Großmächte.

B. dokumentiert einige Zusammenhänge, die teils neu sind, teils bisher als unzulänglich untermauerte Vermutungen im Umlauf waren. Das wichtigste Ergebnis scheint in der Konfrontation des Zeitraums bis 1942 mit der späteren Zeit zu liegen: Während in den Verhandlungen zwischen Beneš und Jaksch lange Zeit Zwischenlösungen im Gespräch waren, die man als Kompromisse einstufen könnte, gewann allmählich – u.a. durch die nationalsozialistische Praxis im besetzten Polen, die mit der Zeit gewissermaßen indirekt die Maßstäbe für die Nachkriegsplanungen setzte – die ethnische Säuberung als Instrument der Vollendung des Nationalstaates immer stärkere Legitimität. Im tschechoslowakischen Exil, in dem Brandes die bestimmende Rolle von Beneš hervorhebt, dachte man aber noch im November 1944 daran, aktive Gegner des Nationalsozialismus nach dem Krieg im Lande zu belassen. Im polnischen Fall blieb die Frage der Westgrenze praktisch bis Potsdam offen, u.a. deshalb, weil Teil- und Kompromißlösungen hinsichtlich der Aussiedlung der Deutschen vom Anfang an unrealisch schienen; das Prinzip der vollständigen Entfernung der deutschen Bevölkerung aus Altpolen und den neugewonnenen Gebieten stand vom Anfang an kaum angefochten im Mittelpunkt der Überlegungen der polnischen Exilregierung und der Alliierten. Damit gewann die Entscheidung über den Verlauf der deutsch-polnischen Grenze eine grundsätzliche Bedeutung für alle betroffenen Deutschen – in der Tschechoslowakei wie im alten und im künftigen polnischen Staatsgebiet, denn es wurde mit der Zeit immer weniger vorstellbar, daß sie dort anders behandelt werden würden als in Polen.

Der Vf. befaßt sich eingehend mit der Politik der ‚Großen Drei‘ Alliierten. Moskau hatte im polnischen wie im tschechoslowakischen Fall keine Skrupel; im ersten ging es primär um die Stärkung einer durch die Gebietsabtretungen im Osten geschwächten künftigen polnisch-kommunistischen Regierung, im zweiten um die Stärkung der als prosojietisch eingestuften „bürgerlichen“ Regierung. Ob sich Moskau jemals ernsthaft Gedanken gemacht hat, welche Belastung die deutschen *displaced persons* in der Zukunft für seine eigene Besatzungszone in Deutschland darstellen würden, wann (und ob überhaupt) der Zusammenhang zwischen Grenzverschiebung, Aussiedlung und Deutschlandpolitik er-

kannt worden ist, bleibt weiterhin eine offene Frage. In den USA scheint die Kluft zwischen den Ratschlägen der Experten und den Entscheidungen Roosevelts am größten gewesen zu sein. Die Beamten blieben vorsichtig, der Präsident setzte sich über deren Bedenken mehrmals hinweg; die endgültige Entscheidung in Potsdam folgte einem ähnlichen Muster. Im Mittelpunkt der Darstellung der alliierten Politik steht jedoch – wohl nicht nur wegen der gründlichen Recherchen des Vfs. in Londoner Archiven – Großbritannien. Die britischen Überlegungen bestehen durch Sachwissen und Vernunft, weniger durch die Konsistenz der praktischen Handlungen, denn letztlich blieb auch für London das Schicksal der Deutschen außerhalb der künftigen Besatzungszonen eine zweitrangige Funktion der großen Politik, in der es um die Erhaltung der alliierten Koalition durch Saturierung der Sowjetunion ging. Erst nach Kriegsende wurde, wie Hans Åke Persson gezeigt hat<sup>1</sup>, der „Massentransfer“ der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei und Polen zu einem erstrangigen Problem der Politik der Alliierten in Deutschland.

Dem Vf. ist abermals ein Buch gelungen, das die Diskussion auf einen durch die Einbeziehung neuer Quellen veränderten Stand hebt und allen am Thema Interessierten noch lange als wichtiges Nachschlagewerk dienen wird.

Warschau/Warszawa

Włodzimierz Borodziej

<sup>1</sup> HANS ÅKE PERSSON: Rhetorik und Realpolitik. Großbritannien, die Oder-Neiße-Grenze und die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg, Potsdam 1997 (vgl. meine Besprechung in: ZfO 48 [1999], S. 279 ff.).

**Forced Migration in Central and Eastern Europe, 1939-1950.** Ed. by Alfred J. Rieber. Frank Cass Publishers. London, Portland 2000. 197 S.

Der vorliegende Sammelband präsentiert ausgewählte Beiträge einer Konferenz zum Thema „Population Transfers, Deportations and Resettlements in Central and Eastern Europe“, die im Herbst 1996 an der Central European University in Budapest stattgefunden hat. Deutsche, österreichische und russische Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen analysieren hier den politischen und ideologischen Hintergrund von massenhaften Umsiedlungen, Deportationen und Vertreibungen während bzw. infolge des Zweiten Weltkriegs in Ostmitteleuropa und beleuchten die sozialen und anthropologischen Dimensionen von Vertreibung, Neuansiedlung und Integration.

In seinem einführenden Beitrag setzt sich Alfred J. Rieber mit der Genese der Politik gewaltsamer Bevölkerungsverschiebungen in Mittel- und Osteuropa auseinander. Er plädiert dafür, die Ursachen dieses Phänomens nicht monokausal als Folgen von Modernisierungsprozessen zu begreifen, sondern die spezifischen historisch-strukturellen Eigenschaften der untersuchten Region zu beachten. Der Hrsg. betont zudem die eklatanten Folgen, die Vertreibungen, Deportationen und Massenmord für die neuen Staaten in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg hatten. In der ethnischen Homogenisierung, die eine Folge von Vertreibungen und Genozid war, sieht er einen Faktor, der den Charakter der neuen Staaten nicht weniger stark prägte als ihre Umgestaltung im Sinne des sowjetischen Systems (S. 20).

Vier Beiträge des Bandes beschäftigen sich mit Aspekten sowjetischer Bevölkerungspolitik in und nach dem Zweiten Weltkrieg und werten dazu erst seit kurzer Zeit zugängliches russisches Archivmaterial aus. Natalia S. Lebedeva schildert die Deportation polnischer Bevölkerung in die UdSSR während der Okkupation der polnischen Ostgebiete durch den sowjetischen Aggressor in den Jahren 1939-1941. Ziel der Deportationen war u.a. die Schwächung der polnischen Eliten sowie die forcierte Sowjetisierung der annektierten Gebiete. Ebenfalls auf der Grundlage breiter Archivstudien beleuchtet Tat'jana V. Volokitina die Rolle der Sowjetunion in den Auseinandersetzungen zwischen Polen und der Tschechoslowakei um die territoriale Zugehörigkeit des Teschener Gebiets in den ersten Nachkriegsjahren. Galina P. Murashko analysiert die Haltung der Sowjetunion